

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA und der BA zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 24./25.09.2002

4. Auswirkungen des Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit auf das Meldeverfahren nach der DEÜV;
hier: Änderung des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ und der „Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Abs. 2 SGB IV“
-

- 316.02/316.22 -

Mit dem Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit vom 23.07.2002 wurden durch die Streichung der §§ 102 bis 106 SGB IV die bisherigen Meldearten Sofortmeldung und Kontrollmeldung zum 01.08.2002 abgeschafft, andererseits wurde jedoch eine neue Meldeart bei Nichtvorlage des Sozialversicherungsausweises eingeführt (§ 28a Abs. 3a SGB IV, § 6 Satz 3 DEÜV). Danach hat der Arbeitgeber die Anmeldung des Beschäftigten bereits am Tag des Beschäftigungsbeginns vorzunehmen, wenn der Beschäftigte zu diesem Zeitpunkt den Sozialversicherungsausweis nicht vorgelegt hat; diese Meldung ist vom Arbeitgeber gesondert zu kennzeichnen.

Die Änderungen haben Auswirkungen auf das gemeinsame Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ sowie auf die „Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Abs. 2 SGB IV“.

Im Übrigen wurde durch das Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit § 28h SGB IV um einen Absatz 7 ergänzt, wonach die Einzugsstelle verpflichtet wird, den zuständigen Leistungsträger über die Nichtvorlage des Sozialversicherungsausweises zu informieren und die ihr bekannten, zur Beurteilung der Berechtigung eines weiteren Leistungsbezugs erforderlichen Daten zu übermitteln.

Über die Auswirkungen des Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit auf das Meldeverfahren wird beraten.

Um die Änderungen sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Sozialversicherungsträger möglichst gering zu halten und unbürokratisch umzusetzen, kommen die Besprechungsteilnehmer überein, in der „Meldung zur Sozialversicherung“ das bisherige Ankreuzfeld „Kon-

trollmeldung“ für die vom In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit an zu erstattenden Meldungen nach § 28a Abs. 3a SGB IV in ein Feld zur Kennzeichnung der Nichtvorlage des Sozialversicherungsausweises (Ankreuzfeld „Sozialversicherungsausweis hat nicht vorgelegen“) umzuwidmen und das bisherige Ankreuzfeld „Sofortmeldung“ aus dem Meldevordruck zu entfernen. Die Belegart für das Belegleseverfahren wird auf 12 und der Stand auf „01.01.2003“ geändert. Für eine Übergangszeit bis zum 31.12.2003 kann neben der Belegart 12 von den Arbeitgebern auch die Belegart 11 verwendet werden. Die nicht mehr benötigten Schlüsselzahlen „91“ und „92“ können entfallen. Bei maschinellen DEÜV-Meldungen (Anmeldungen) erfolgt die Kennzeichnung im Feld „SVANVOR“ des Datenbausteins DBME. Bei Nichtvorlage des Sozialversicherungsausweises ist das Feld mit „J“, andernfalls mit „N“ zu versorgen. Die Besprechungsteilnehmer beschließen die Änderung der Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Abs. 2 SGB IV zum 01.01.2003. Die nachfolgend aufgeführten Dokumentationen zum gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ wurden aktualisiert und sind der Niederschrift als Anlagen beigefügt:

- Gemeinsames Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“
- Anlage 1 Schlüsselzahlen für die Abgabegründe und Beitragsgruppen
- Anlage 3 Übersicht zu meldender Sachverhalte (siehe Anlage zu Punkt 1 der Niederschrift)
- Anlage 4 Übersicht möglicher Kombinationen des Abgabegrundes im Datensatz DSME mit den Datenbausteinen
- Anlage 9 Datensätze und Datenbausteine sowie Fehlerkatalog (siehe Anlagen 2 und 3 zu Punkt 2 der Niederschrift)
- Anhang 1 Gemeinsame Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Abs. 2 SGB IV
- Anhang 1 Anlage 1 Meldevordruck
- Anhang 1 Anlage 2 Erläuterungen zur Verwendung und zum Ausfüllen des Vordrucks „Meldung zur Sozialversicherung“
- Anhang 1 Anlage 5 Schlüsselzahlen für die Abgabegründe in den Meldungen nach der DEÜV
- Anhang 1 Anlage 7 Vorlaufsatz, Meldedatensatz, Datenbausteine und Nachlaufsatz.

Nach Abstimmung der Niederschrift werden die vorgenannten Gemeinsamen Grundsätze nebst Anlagen als Entwurf zur Zustimmung und Anhörung der Arbeitgeberverbände an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gegeben. Eine Berücksichtigung im gemeinsamen Kernprüfprogramm erfolgt zum 01.06.2003.

Anlagen

- unbesetzt -